

48
74

Union in Deutschland

Bonn, den 28. November 1974

Warnungen der Opposition voll bestätigt

Die Politik der Bundesregierung, mit Inflation Arbeitslosigkeit zu vermeiden, ist gescheitert. Die Warnungen der Opposition, von der Bundesregierung als Panikmache bezeichnet, sind damit voll bestätigt worden. Dies hat der Bundesvorstand der CDU unter Vorsitz von Helmut Kohl in seiner Sitzung am 25. November in Bonn zur aktuellen konjunkturpolitischen Lage festgestellt.

Der Bundesvorstand der CDU teilt die Auffassung des Sachverständigenrates, daß für die Sicherung der Arbeitsplätze und die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung die Zunahme privater und öffentlicher Investitionen entscheidend ist. Konjunkturprogramme sind nur dann vertretbar, wenn sie auf strukturpolitisch bedingte Aufgaben begrenzt werden und entsprechende Einsparungen bei den konsumtiven Ausgaben in den öffentlichen Haushalten erzielt werden.

Die Union sieht sich durch das Gutachten ferner in ihrer Auffassung bestätigt, daß ein konjunktureller Aufschwung nur dann erfolgt, wenn die Verunsicherung von Arbeitnehmern und Wirtschaft beendet wird. (Wortlaut der Erklärung Seite 5/6)

■ EUROPA

Mit seinem Alleingang in der Europapolitik hat Ex-Kanzler Willy Brandt nicht nur den zuständigen Fachminister verprellt, sondern dem Bemühen um die Einigung Europas einen schlechten Dienst erwiesen.

Seite 4

■ RECHT

Rechtsanwälte dürfen nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht zu Gehilfen von Terror und Anarchie werden, wie dies bei den Verteidigern von Mitgliedern der Baader-Meinhof-Bande zu befürchten ist.

Seite 7

■ GESUNDHEIT

Der gesundheitspolitische Kongreß der CDU hat die endgültige Abkehr von der Sozialisierung des Gesundheitswesens in der Bundesrepublik Deutschland als wichtiges gesundheitspolitisches Ziel gefordert.

Seite 12

■ FINANZPOLITIK

Fünf Jahre Finanzpolitik der SPD/FDP-Koalition stellen die Regierung vor die Alternative: Staatsbankrott oder Steuererhöhungen. Die Stationen dieser Talfahrt sind dargestellt in der Dokumentation

INFORMATIONEN

Das „Internationale Jahr der Frau“

Zur Vorbereitung des für 1975 von der UNO proklamierten Internationalen Jahres der Frau fand am 19. November die konstituierende Sitzung des hierzu eingesetzten Kuratoriums statt. Die Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU, Dr. Helga Wex MdB, erklärte auf dieser Sitzung u. a., daß das Internationale Jahr der Frau vor allem eine Möglichkeit biete, „das Problembewußtsein um die noch bestehenden — vor allem sozialen — Benachteiligungen der Frau zu stärken“.

Kommission soll Energiebedarf erforschen

Die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Untersuchung von Möglichkeiten der Energieforschung hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beantragt. Im Interesse einer verstärkten parlamentarischen Kontrolle der Bundesregierung im Bereich von Forschung und Technologie ist es nach Ansicht der Opposition erforderlich, den gesamten Bereich der Energieforschung gründlich zu durchforsten und gleichzeitig ein Paket von Vorschlägen zu unterbreiten, wie die Energieversorgung der Bundesrepublik langfristig gesichert werden kann.

Gegenpol zu roten Unis

Dem Bund Freiheit der Wissenschaft hat der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, weiterhin „größtmögliche“ Unterstützung zugesagt. In einer Grußadresse zu der Jahresversammlung des Bundes in Bonn betonte Kohl, zusammen

mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) sei der Wissenschaftsbund das einzige Gegengewicht zu den Bemühungen systemverändernder Gruppen, die Universitäten zu einem „roten Staat im Staat“ zu machen. Ohne den Bund — so Kohl — wären diese Kräfte in der Hochschullehrerschaft und im akademischen Mittelbau „ohne organisierten Gegner“ geblieben. Seiner Arbeit sei es zu danken, daß die Freiheit von Forschung, Lehre und Lernen an den Hochschulen „wieder zunehmend an Boden gewinnt“.

Saarland ermöglicht kostenlose Rechtsberatung

Am 1. Dezember beginnt im Saarland ein einjähriger Modellversuch, Bürgern mit geringem Einkommen die Rechtsberatung durch einen Anwalt zu ermöglichen. Rechtsuchende können sich beim zuständigen Amtsgericht einen Berechtigungsschein ausstellen lassen. Sie müssen entweder Sozialhilfeempfänger sein, oder ihr Einkommen darf den doppelten, ihr Vermögen den fünffachen Sozialhilfesatz nicht überschreiten. Unterhaltszahlungen, Miete und sonstige Verpflichtungen finden Berücksichtigung. Mit dem Berechtigungsschein kann der Bürger jeden im Saarland zugelassenen Rechtsanwalt aufsuchen.

CDU/CSU setzt sich gegen Koalition durch

Der Vorwurf der Obstruktion, den die Koalition gegen die CDU/CSU wegen ihrer Bedenken gegen überstürzte Beschlüsse bei den Beratungen des Hochschulrahmengesetzes erhoben hatte, ist in sich zusammengefallen. Die SPD-FDP-Koalition ist inzwischen auf einen Teil der Vorstellungen der CDU/CSU-Fraktion eingeschwenkt. Dies gilt ganz besonders für das Verbot der integrierten

ten Wahl, für eine stärkere Qualifikation des Hochschullehrernachwuchses, für den Verzicht auf verfassungswidrige Modelle in der Mitbestimmung und für die sachdienliche Regelung der Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzungen von Hochschulgremien. Die Koalition hat weiterhin ihre bereits mit Mehrheit durchgesetzten Beschlüsse zur Regelstudienzeit im Sinne der Unionsfraktion korrigiert.

„Gefälligkeits-Verträge“ auf der Hardthöhe?

Der Bundesrechnungshof wendet sich gegen Beraterverträge, die das Bundesverteidigungsministerium mit pensionierten Bediensteten abschließt. Der Rechnungshof hat den Eindruck, daß es sich hierbei um Gefälligkeiten handelt und die Honorierung — in einem Falle 60 000 DM — nicht im Einklang mit der geleisteten Arbeit steht.

Unionsinitiative gegen Flammentod

Für eine gesetzlich vorgeschriebene Ausrüstung der Pkw's mit geeigneten Feuerlöschgeräten und Brechseisen hat sich eine Gruppe von CDU/CSU-MdB's im Parlament eingesetzt. Jedes Jahr verbrennen etwa 250 Menschen bei Autounfällen. Sie hätten mit entsprechendem Gerät gerettet werden können.

Adolf Süsterhenn †

Prof. Dr. Adolf Süsterhenn, ehemaliger Justiz- und Kultusminister in Rheinland-Pfalz, ist im Alter von 69 Jahren gestorben. Süsterhenn war Mitbegründer der CDU in Rheinland-Pfalz und auf Bundesebene und hatte als Mitglied des Parlamentarischen Rates maßgeblichen Anteil an der Entstehung des Grundgesetzes.

STICHWORTE

Eine Arbeiterlaubnis

für Gastarbeiter dürfen Arbeitsämter nur dann erteilen, wenn dadurch die Möglichkeiten zur Beschäftigung deutscher Stellungssuchender nicht beeinträchtigt werden.

Eine Fusion

zwischen dem DGB und der DAG wird es nach Worten des DAG-Vorstandsmitglieds Hans Georg Kuhn nicht geben.

Der Kapitalbedarf

zur Sanierung der hessischen Landesbank (Helaba) wird nach einer nicht veröffentlichten „Modellrechnung“ der hessischen Sparkassen mehr als doppelt so hoch veranschlagt wie bisher. Geschätzte Höhe: je 700 Millionen DM für Sparkassen und das Land Hessen.

Notfalls Streiks

in Kauf nehmen sollte die Bundesregierung nach Worten des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Karl Carstens, um maßvolle Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst zu erreichen.

Die CDU Rheinland

hat ihr Ziel erreicht: Sie hat mit 100 677 Mitgliedern das in der „Aktion Rheinland 100 000“ selbstgesteckte Ergebnis überschritten.

60 000 Bundesbürger

weniger als am Ende 1973 zählte am 20. Juni 1974 das Statistische Bundesamt (z. Z. 62,04 Millionen). Stärkster Bevölkerungsrückgang: Berlin, Hamburg, Bremen, Saarland.

■ EUROPA

Brandts Alleingang gefährdet die Einigung Europas

Außenpolitik ist Sache des zuständigen Ministers einer Bundesregierung. So weiß es der Bürger. Ex-Kanzler Willy Brandt belehrte ihn nun eines anderen. Der Vorsitzende der SPD entdeckte wieder seine „alte Liebe“ (Bild) und griff in die Europapolitik ein; ausgerechnet in jene Politik, die er während seiner Regierungszeit sehr vernachlässigt hatte.

In einem „Notprogramm für die europäische Gemeinschaft“ propagierte er die „abgestufte Integration je nach Stärke der Partner“. Auf einer Veranstaltung der französischen Europabewegung in Paris und in einem Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing erteilte der SPD-Chef Zensuren, als er kundtat, daß nur „objektiv stärkere Länder (Bundesrepublik, Frankreich, Benelux) die wirtschaftliche Einigung voranbringen“. Die unterschiedliche wirtschaftliche Situation in einigen Ländern könne zu einer Sprengung des Gemeinsamen Marktes führen. So Willy Brandt.

Was von der „Außenpolitik“ des Ex-Kanzlers zu halten ist, darüber wurden SPD und Regierung nicht im unklaren gelassen. Der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, dazu: „Brandts Europa-Vorschläge haben Unruhe gestiftet. Offensichtlich ohne Absprache mit dem in der Bundesregierung für Europapolitik zuständigen Außenminister schlägt der

Parteivorsitzende der SPD eine in ihren Folgen nicht zu übersehende grundsätzliche Änderung der Integrationspolitik vor, die unsere europäischen Partner in tiefe Besorgnis gestürzt hat. Brandts Vorstoß offenbart erneut die Widersprüchlichkeit und Stillosigkeit, in die die Bonner Europapolitik geraten ist.“

Die FDP hielt sich mit ihrer Kritik ebenfalls nicht zurück. Dazu FDP-Generalsekretär Bangemann: „Der Vorschlag Brandts ist der direkteste Weg, die Gemeinschaft kaputtzumachen.“

Das Versprechen Brandts birgt, das läßt die harte Äußerung Bangemanns erkennen, koalitionspolitischen Zündstoff in sich. Genscher selbst hatte sich bereits vor der Reise Brandts zu dessen eigenständiger Außenpolitik geäußert: „Wir werden den erreichten Bestand an europäischer Einigung mit Zähnen und Klauen verteidigen und an seiner Fortentwicklung arbeiten. Schon Stillstand bedeutet Rückschritt.“

Die Berner Zeitung „Der Bund“ faßt das Verhältnis der Koalitionspartner wohl am treffendsten zusammen, wenn sie schreibt:

„Nun schmilzt der Vorrat an Gemeinsamkeiten immer sichtbarer dahin. Das vitalste Interesse ist nur noch der Wille, gemeinsam an der Macht zu bleiben.“

Die englische Zeitung „Daily Telegraph“ (London):

„Was Brandts Vorschlag für das anbertrifft, was auf eine zweitklassige Mitgliedschaft in der Gemeinschaft für die schwächeren Brüder hinausläuft, so ist es schwierig zu glauben, daß dies offizielle deutsche Politik ist. Es sieht so aus, als ob der Ex-Kanzler, der unter der zunehmenden Bedeutungslosigkeit seiner Person leidet, den Drang verspürt, mit seinen EG-Hilfen in die Mitte des Geschehens zurückzukehren.“

KONJUNKTURPOLITIK

Mehr Investitionen entscheidend für Arbeitsplatz-Sicherung

Die Stellungnahme des Bundesvorstands der Christlich Demokratischen Union zur aktuellen konjunkturpolitischen Lage und zum Gutachten des Sachverständigenrates zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat folgenden Wortlaut:

Wir begrüßen die nüchterne und umfassende Analyse der derzeitigen konjunkturellen Situation als eine wichtige Grundlage für die weiteren konjunkturpolitischen Entscheidungen.

Das Gutachten stellt zu Recht fest, daß sich die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland Ende 1974 „tief im konjunkturellen Abschwung“ befindet. Keines der im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz genannten wirtschaftlichen Ziele ist zur Zeit erreicht. Der Gesetzauftrag des Stabilitätsgesetzes wird von der Bundesregierung nicht erfüllt.

Auch nach Ansicht der Sachverständigen muß die Bundesrepublik Deutschland erstmals seit vielen Jahren in diesem Winter mit mehr als einer Million Arbeitslosen rechnen. Die Warnungen der Opposition, von der Bundesregierung als Panikmache bezeichnet, sind damit voll bestätigt worden. Die Politik der Bundesregierung, mit Inflation Arbeitslosigkeit zu vermeiden, ist gescheitert.

Der Bundesvorstand der CDU teilt die Auffassung des Sachverständigenrates,

daß für die Sicherung der Arbeitsplätze und die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung die Zunahme privater und öffentlicher Institutionen entscheidend ist. Konjunkturprogramme sind nur dann vertretbar, wenn sie auf strukturpolitisch bedingte Aufgaben begrenzt werden und entsprechende Einsparungen bei den konsumtiven Ausgaben in den öffentlichen Haushalten erzielt werden.

Die Union stimmt der Auffassung zu, daß eine stabilitätsorientierte Finanzierung öffentlicher Aufgaben und die Vermeidung ständig wachsender Verschuldung nur sichergestellt werden kann, wenn die öffentlichen Aufgaben durchforstet und die Steigerung der Personalausgaben auf das Notwendigste beschränkt werden.

Der investive Ausgabenanteil in den Haushalten muß zunehmen und die hohe Verschuldung darf nicht zum Dauerzustand werden. Mit dem Sachverständigenrat lehnt die Union Steuererhöhungen ab, da sie zu neuen konjunktur- und gesellschaftspolitisch unerwünschten Belastungen führen würden.

Die Union sieht sich durch das Gutachten in ihrer Auffassung bestätigt, daß ein konjunktureller Aufschwung nur dann erfolgt, wenn die Verunsicherung von Arbeitnehmern und Wirtschaft beendet wird. Die Politik der Bundesregierung hat seit 1969 zu einer Belastung unserer Gesellschaft geführt, die das Vertrauen in die Zukunft und damit die Investitionsbereitschaft geschwächt hat.

Sie hat dadurch die Sicherung der Arbeitsplätze und der Einkommen gefährdet.

Voraussetzungen für eine ausreichende Investitionstätigkeit der Unternehmen sind angemessene Unternehmensgewinne, deren soziale Berechtigung auch von den Gutachtern betont wird, und

Die CDU steht zum Lebensrecht Israels

Der Bundesvorstand der CDU bekannte sich bei seiner Sitzung in Bonn zum Existenzrecht Israels. „Besonders die Jugend erwartet, daß sich die Bundesrepublik Deutschland aus moralischer Verantwortung auch in Zukunft für eine Sicherung der Existenz Israels einsetzt“, sagte der außenpolitische Sprecher des CDU-Präsidiums, Walther Leisler Kiep. Der CDU-Bundesvorstand äußerte die Befürchtung, die Bundesregierung mache nicht genügend klar, daß sich die Bundesrepublik in keiner Weise von den Arabern erpressen lassen werde. Hintergrund dieser Befürchtungen waren die Ergebnisse der Abstimmungen in der UNO. Dazu Leisler Kiep wörtlich: „Die Ergebnisse sind bedrückend, einmal was die völlige Außerachtlassung des Existenz- und Lebensrechts des Mitgliedslandes Israel anbetrifft, zum anderen die fortschreitende Entartung der Vereinten Nationen.“

die Bereitstellung ausreichender Mittel durch den Kapitalmarkt.

Angesichts der außerordentlichen Belastungen, die dem Kapitalmarkt aus der Finanzierung öffentlicher Defizite erwachsen, ist eine breite Beteiligung der Bevölkerung an der Unternehmens-

finanzierung unerlässlich. Darin liegt die konjunkturpolitische Bedeutung einer Fortentwicklung der Gesetzgebung im Bereich der Vermögensbildung, die die CDU aus ordnungspolitischen und verteilungspolitischen Gründen fordert.

Mittelstandspolitik muß stärker als bisher dafür sorgen, daß kleinere und mittlere Unternehmen gleiche Entwicklungschancen wie Großunternehmen haben. Insbesondere gilt es die Eigenkapitalbasis und Finanzstruktur mittelständischer Unternehmen zu verbessern und ihnen gleichen Zugang zur Kapitalbeschaffung zu ermöglichen wie Großunternehmen. Solche Maßnahmen sind unerlässlich, um die mittelständische Wirtschaft als Arbeitgeber zu stärken und sie als bedeutendes Element des Wettbewerbs zu erhalten.

Die Union mißt der Verantwortung der Tarifpartner im Rahmen der Gesamtstrategie zur Wiedergewinnung wirtschaftlicher Stabilität entscheidende Bedeutung bei. Der Umfang dieser Verantwortung ist durch das Sachverständigengutachten erneut unterstrichen worden. Die kommenden Tarifabschlüsse müssen von dem Ziel bestimmt sein, durch Wiedererlangen der Preisstabilität und durch Erhaltung der Wettbewerbs- und Investitionsfähigkeit der Unternehmen Arbeitsplätze und die längerfristige Teilhabe der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Wachstum zu sichern.

Die SPD/FDP-Koalition kann eine ordnungspolitische Stabilität in mittelfristiger Perspektive nicht entwickeln, da sie in sich zerstritten ist, zwischen den Koalitionspartnern keine prinzipielle Übereinstimmung über die Zukunft unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung besteht und verbindliche Zielvorstellungen deshalb nicht erwartet werden können.

RECHT

Anwälte dürfen nicht zu Gehilfen des Terrors werden

Die Rolle der Anwälte, die die Mitglieder der Baader-Meinhof-Bande vertreten, wird der Öffentlichkeit von der SPD/FDP-Regierung nicht in der Klarheit dargestellt, wie es im Interesse der Sicherheit des Rechtsstaates notwendig wäre. Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, der rheinland-pfälzische Minister Heinz Schwarz (CDU) spricht in diesem Zusammenhang von einer Wahrheit, die „nur scheinbar ans Licht“ kommt. Zur Art der Handhabung der Rechte des Verteidigers durch Baader-Meinhof-Anwälte haben auch die Ministerabgeordneten Vogel, Dr. Lenz, Erhard (Bad Schwalbach) und Kunz Stellung bezogen. Sie erklären:

Die Baader-Meinhof-Anwälte sind in unseren Augen dringend verdächtig, ein fast lückenloses Kommunikationssystem der Bandenmitglieder untereinander zu Dritten aufgebaut zu haben. Sie sind ebenso dringend verdächtig, dadurch nicht nur die Prozeßabläufe schwerstens gefährdet, sondern auch zur Stärkung der Bande insgesamt beigetragen zu haben. Nicht ausgeschlossen werden kann, daß diese Anwälte eine Befreiung der inhaftierten Bandenmitglieder vorbereitet haben.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert daher, daß folgende Gesetzentwürfe unbedingt in der nächsten Sit-

zung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages beraten werden, damit sie bis zum 1. Januar 1975 in Kraft treten können.

- Gesetzentwurf zur Verhinderung des Mißbrauchs der Rechtsstellung des Verteidigers.

- Gesetzentwurf zum Schutz der Rechtspflege gegen Extremisten.

- Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verlangt ebenso wie die Justizministerkonferenz, daß der Verkehr zwischen Verteidiger und inhaftierten Beschuldigten wirksam überwacht wird, wenn der Inhaftierte schwerer Straftaten beschuldigt wird und der Verdacht konspirativen Zusammenwirkens besteht.

Der Gesetzentwurf zum Ausschluß von Verteidigern bei Mißbrauch beruht auf einer Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Mai 1973. Der von der Bundesregierung hierzu ohnehin verspätet vorgelegte Entwurf stellt allerdings nur eine Minimallösung dar. Zumindest sind in den Gesetzentwurf noch die weitergehenden Forderungen des Bundesrates aufzunehmen.

Ein Ausschluß des Verteidigers muß auch dann möglich sein, wenn er mit unzulässigen Mitteln die geordnete Durchführung der Hauptverhandlung gröblich gefährdet. Die Zahl der Verteidiger für einen Beschuldigten ist auf höchstens fünf zu beschränken.

Die bedrohliche Zunahme der Störungen von Hauptverhandlungen durch extremistische Gruppen macht es erfor-

derlich, die Rechtspflege wirksam zu schützen. Notwendig sind insbesondere verfahrensrechtliche und sitzungspolizeiliche Regelungen, die es den Gerichten ermöglichen, Ausschreitungen wirksamer und angemessener entgegenzutreten. Darüber hinaus müssen die Rechte des Vorsitzenden erweitert werden. Der gesetzliche Rahmen für die Verhängung von Ordnungsgeld gegenüber Störern ist zu erhöhen. Das Gericht muß im Falle des Ausschlusses der Öffentlichkeit vor Ausschreitungen besser geschützt werden. Dem Mißbrauch des prozessualen Erklärungsrechts muß Einhalt geboten werden.

Für eine Gerichtsbanneile

Die Justizminister und -senatoren der Länder haben sich auf ihrer Konferenz in Stuttgart am 14. und 15. November 1974 dafür ausgesprochen, daß die Strafprozeßordnung unverzüglich dahingehend ergänzt wird, daß ein konspiratives Zusammenwirken zwischen Verteidiger und Beschuldigtem unterbunden wird und Prozesse nicht durch absichtlich herbeigeführte Verhandlungsunfähigkeit verhindert werden. Sie haben ihre Bereitschaft erklärt, eine Bundesratsinitiative von Baden-Württemberg zu unterstützen, wodurch die Möglichkeit der Festlegung einer Gerichtsbanneile geschaffen werden soll.

Ebenso unterstützt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, daß alsbald die Strafprozeßordnung derart geändert wird, daß auch gegen die nichtverhandlungsfähigen Angeklagten das Verfahren durchgeführt wird, wenn die Angeklagten die Verhandlungsunfähigkeit absichtlich herbeigeführt haben. Diese Beschlüsse der Justizministerkonferenz müssen ebenfalls in die Beratungen der nächsten Sitzung des Rechtsausschusses einbezogen werden.

Die Abgeordneten weisen in diesem

Zusammenhang darauf hin, daß ein Staatswesen ohne eine funktionierende Gerichtsbarkeit nicht lebensfähig ist. Gewalttätige Gruppen versuchen systematisch, die Funktionsfähigkeit der Justiz zu zerstören.

Die Koalitionsparteien werden daher aufgefordert, die umgehende Verabschiedung der genannten Gesetzentwürfe so zügig zu fördern, daß sie am 1. Januar 1975 in Kraft treten.

Nur so können die Rechtsstaatlichkeit gewahrt und unsere Gerichte davor geschützt werden, zu Einfallstoren für politische Gewalttäter zu werden.

Wie notwendig es ist, sich in der Verteilung des Terrors einer unzweideutigen Handlungsweise zu bedienen und den Rechtsstaat vor anarchistischer Willkür zu schützen, zeigt die ultimative Aufforderung von Terroristen an das ZDF, die in Berlin vor Gericht stehende Ulrike Meinhof und Horst Mahler in einer Live-Sendung zur Bevölkerung sprechen zu lassen. Anderenfalls würden „zwei weitere Menschen“ in der Bundesrepublik umgebracht. Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, der rheinland-pfälzische Innenminister Heinz Schwarz (CDU), erklärte dazu:

Regierung weiß mehr

„Es ist eigentlich ein Skandal, daß immer noch Angehörige des Bandenkerns frei herumlaufen und Anwälte — wie jetzt in Mainz — sich öffentlich damit brüsten, daß sie ihren Aufenthaltsort kennen. Spätestens einen Tag nach dem Mord an dem Berliner Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann hätte die Bundesregierung eine umfassende Dokumentation speziell über die Rolle der Anwälte herausgeben müssen. Ich vermute, sie weiß noch wesentlich mehr, als bisher bekannt ist.“

■ KOALITION

Die „Doppelstrategie“ der Juso-Bundevorsitzenden

Eine „Doppelstrategie“ ganz besonderer Art praktiziert die SPD in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Während die SPD/FDP-Bundesregierung „sich durch das Jahresgutachten“ der fünf Weisen „in ihrer Politik bestätigt“ sah, bezeichnete die Bundevorsitzende der Jungsozialisten Heidemarie Wieczorek-Zeul die wirtschaftspolitischen Aussagen der Professoren als „politischen Skandal“. Auf einem Bezirksjugendkongreß ihrer Organisation in Hamburg stellte sie fest, daß dieses Gutachten, von dem sich ausdrücklich SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner Politik bestätigt sieht, „Wirtschaftspolitik mit der Angst der Arbeitnehmer“ betreibe und „einseitig die Interessen der Unternehmer“ vertrete. Die Juso-Vorsitzende forderte alle Sozialdemokraten auf, „scharf“ gegen die im Gutachten enthaltenen Empfehlungen zur Lösung der wirtschaftlichen Krise aufzutreten.

Lieber mit der DKP als mit der CDU

Das die FDP manchmal linker ist als die SPD, hat sich einmal mehr bestätigt. Bei der Wahl zum Stadtverordneten-Vorsitzenden in Marburg wurde der Vorsitzende des Guillaume-Untersuchungsausschusses, Walter Wallmann, bei Stimmenthaltung der SPD gewählt. Er löst damit den ehemaligen SPD-Justizminister Gerhard Jahn im Amt ab. CDU und SPD/FDP hatten bei der Teilkommunalwahl am 27. Oktober jeweils die gleiche Anzahl von 20 Sitzen erreicht. Die DKP kam auf 5 Sitze. Die FDP hätte

mit ihren drei Sitzen eine funktionsfähige Mehrheit zusammen mit der CDU ermöglichen können. Sie entschloß sich jedoch, zusammen mit der DKP einen eigenen FDP-Kandidaten gegen Walter Wallmann anzubieten. Politisches Fazit: Die FDP hält offenbar mehr von einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten als von einer Kooperation der CDU.

Politische Brandstiftung

„Jetzt fängt die Demokratie erst richtig an.“ Mit diesem Anspruch war Ex-Bundeskanzler Willy Brandt 1969 zur Regierung angetreten. Das Demokratieverständnis, das die SPD/FDP-Koalition in Bonn in den Jahren danach verbreitete, duldete nahezu ausschließlich linke Anerkennung und verteilte die CDU/CSU. Was passiert, wenn diese Saat aufgeht, erfuhren die Bürger in Göttingen. Bei einem Großbrand wurde der Hof des ehemaligen FDP-Kreistagsabgeordneten Hans Wecken eingäschert. Gesamtschaden: 500 000 Mark. Wecken und ein Parlamentskollege im Göttinger Kreistag hatten, weil sie sich mit der Politik ihrer Partei nicht mehr identifizieren konnten, die FDP verlassen und waren zur CDU übergetreten. Daraufhin hatte Wecken Drohbriefe bekommen, in denen es hieß: „Ihr Haus wird wie ein Flammenmeer sein.“ Wenige Tage später stand sein Gehöft in Flammen.

Auch Ahlers von Zweifeln geplagt

„Von Woche zu Woche wird deutlich, daß die beiden Regierungsparteien gegenwärtig keine wichtigen Gesetze mehr gemeinsam zustande bringen können. Man blockiert sich gegenseitig. Die Regierung Schmidt/Genscher“, so schreibt der SPD-MdB und ehemalige Leiter des Bundespresseamtes Conrad Ahlers im „Stern“, „ist einerseits von Entfrem-

derung, andererseits von Auszehrung bedroht. Hinzu kommt, daß immer mehr Politiker aller Parteien von dem Zweifel geplagt werden, ob diese Bundesregierung mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten fertig werden kann... Sollte die CDU die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen Anfang Mai 1975 gewinnen und die SPD/FDP-Regierung des Ministerpräsidenten Heinz Kühn ablösen, so wird man auch in Bonn kaum noch länger gegen die Christlichen Demokraten regieren können."

Schmidt spottet — Bangemann kontert

Innenminister Maihofer (FDP) fühlt sich von Bundeskanzler Schmidt lächerlich gemacht. Im Fernsehen hatte Schmidt über seinen Innenminister gesagt: „Das ist einer der liebenswertesten und sympathischsten Kollegen, die es im Kabinett gibt... er arbeitet sich in viele Arbeitsfelder ein, die er bisher nicht gekannt hat, und seine Kollegen versuchen, ihm dabei zu helfen.“

Bangemann griff in einem Gespräch mit der Bild-Zeitung Schmidt scharf an: „Er versteht seine Position offenbar falsch. Er ist nicht der Chef einer SPD-, sondern einer Koalitionsregierung. Der Erfolg einer Koalition hängt aber auch davon ab, wie man miteinander umgeht. Ich hatte bisher immer einen anderen Eindruck von hanseatischen Umgangsformen. Barmbek (aus diesem Stadtteil Hamburgs kommt Schmidt) ist offenbar erst später zur Hanse gekommen.“

Steuerfahnder fanden bei Wienand noch mehr

Steuerfahnder und Staatsanwälte fanden zusätzlich zu dem vom „Stern“ aufgedeckten Paninter-Honorar in Höhe von 162 500 Mark weitere 600 000 Mark auf Wienands Konten, deren Herkunft

außer einem zweiten Beratervertrag mit der im Osthandel tätigen Eisen- und Stahlröhrenfirma Wirtz-Impex aus Altenbödingen bei Hennef über 70 000 Mark ungeklärt ist. Soviele aber konnte der Staatsanwalt feststellen: Das Geld wurde von Wienand bis auf einen Restbetrag von etwa 100 000 Mark für private Zwecke ausgegeben. Damit ist seine Ausrede hinfällig, die Gelder seien an die SPD weitergeleitet worden. Dem „Stern“ zufolge besitzt Wienand außerdem — offenbar mit Einverständnis Wehners — noch immer den Extrasold eines parlamentarischen Geschäftsführers der Fraktion, obwohl er das Amt quittieren mußte. Zusätzlich zu den Abgeordnetendiäten von 7 200 Mark bringt das weitere 6 000 Mark monatlich aus der Fraktionskasse.

Kein Wunder, daß Wienand jetzt selbst zu dem Entschluß gelangt ist, sein Mandat zurückzugeben.

Kein Vertrauen mehr

„Wir werden keine Erfolge haben, wenn weiterhin Linke gegen Rechte in dieser Partei ausgespielt werden“, erklärte der SPD-MdB Hansen in einer Monitor-Sendung. Daß „die Parteimitglieder ein klares Konzept zum Handeln vermissen“, wie Hansen gestand, scheint sich auch auf Spitzenfunktionäre zu beziehen, wie Heinz Kühn, der als Ministerpräsident von NRW der Partei für weitere fünf Jahre nur dann zur Verfügung stehen will, wenn die Wahl gewonnen wird. Das gilt sogar auch für einige Neulinge in seiner Mannschaft. Hansen meinte hierzu: „Der Wähler kann kein Vertrauen haben in eine Partei, deren Spitzenfunktionäre oder Spitzenkandidaten in selbstherrlicher, manchmal geradezu barocker Manier Entscheidungen über Personen oder die politische Linie fällen.“

■ RADIKALE

Worte und Taten des Ministers Maihofer

Zwischen Worten und Taten der SPD/FDP-Bundesregierung besteht allenthalben eine beträchtliche Kluft. Ganz besonders deutlich wurde sie in der Frage der Abwehr Radikaler im öffentlichen Dienst. Zwar steht die Regierung auf dem Standpunkt, daß Verfassungsfeinde „im öffentlichen Dienst nichts zu suchen haben“, wie Bundesinnenminister Maihofer formulierte. Das jedoch hielt die SPD/FDP nicht davon ab, einen Gesetzentwurf von CDU/CSU abzulehnen, der exakt diese Haltung zur Rechtsnorm erheben sollte.

Wie schnell ist diese Seifenblase geplatzt, stellt dazu der Unionsabgeordnete, Prof. H. Klein, fest.

Keine 48 Stunden liegen zwischen jenen starken Worten, die die Bundesminister des Innern und der Justiz in ihren Erklärungen vor dem Bundestag an die Adresse von Terroristen und Staatsfeinden richteten, und zwei Absagen, die der Bundesinnenminister der Opposition bei ihrem Bemühen erteilte, diesem Staat die wirkungsvolle Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen zu ermöglichen.

So hat es Herr Maihofer abgelehnt, im Sinne des vom Freistaat Bayern im Bundesrat und von der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens geeignete ge-

setzliche Vorkehrungen gegen den Mißbrauch des Versammlungsrechts zu schaffen, vor allem die Strafbarkeit der Teilnahme an unfriedlich verlaufenden Versammlungen wiederherzustellen. Und so hat er wiederum einen Tag später, am 15. November, im Bundestag einen Gesetzentwurf der Bundesregierung vertreten, der im Vergleich zum geltenden Recht die Möglichkeit des Staates schwächt, dem Andrang verfassungsfeindlicher Kräfte in den öffentlichen Dienst wirksam zu widerstehen. Zwar hat Maihofer am 20. September 1974 im Bundestag erklärt, alle Fraktionen seien sich einig darin, „daß jemand, der einer Partei angehört, die nach unserer Einschätzung verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, nichts im öffentlichen Dienst zu suchen hat“. Aber der von der CDU/CSU-Fraktion unterstützte Gesetzentwurf des Bundesrats, der eben diesen Grundsatz zur Norm erhebt, wird von ihm abgelehnt. Am 15. November erklärte der Bundesinnenminister Zweifel an der Verfassungstreue reichten nicht aus, jemanden vom öffentlichen Dienst fernzuhalten.

In klarem Gegensatz dazu verlangt das geltende Recht, daß der Bewerber die Gewähr bietet, er werde aktiv für die freiheitliche, demokratische Grundordnung eintreten. Wenn die Einstellungspraxis des Herrn Maihofer seiner hier geäußerten Rechtsauffassung entspricht — etwa im Bereich des ihm unterstellten Verfassungsschutzes —, braucht man sich über nichts mehr zu wundern.

■ BUNDESKONGRESS

Leistungsfähigkeit im Gesundheitswesen erhöhen

„Gesundheit in Freiheit und Solidarität“ — unter diesem Motto fand am 22. und 23. November in Kiel der zweite gesundheitspolitische Kongreß der CDU statt. Ziel dieses Kongresses war die Weiterentwicklung des Systems der gesundheitlichen Sicherung für den Bürger. Die Ergebnisse sind von besonderer Bedeutung für die Gestaltung der Gesundheitspolitik der CDU; sie sollen in ein gesundheitspolitisches Programm eingehen, das 1975 verabschiedet werden soll.

Eröffnet wurde der Kongreß mit einer Rede des Vorsitzenden der CDU, Ministerpräsident Dr. Kohl, zum Thema „Freiheit und Solidarität — die gesellschaftspolitischen Alternativen der CDU“.

Kohl warnte vor Bestrebungen, das Gesundheitswesen zu sozialisieren. Er rief alle Beteiligten zugleich auf, das Gesundheitswesen effektiver zu gestalten. Gelingen dieses nicht, so bestehe die Gefahr, daß der medizinisch-technische Fortschritt so teuer werde, daß er nicht mehr alle Bürger erreiche.

Vor dem Hintergrund der beängstigenden Kostensteigerungen forderte Kohl, das Gesundheitswesen stärker zu rationalisieren und auf den Prüfstand ökonomischer Effizienz zu heben. Nur dann bestehe die Aussicht, die Belastbarkeit der Bürger nicht zu überfordern und den

medizinischen Fortschritt auch in Zukunft für alle Bürger finanzierbar zu machen.

Es sei Aufgabe der Gesundheitspolitik der CDU, im Rahmen des gesamtwirtschaftlich Möglichen, medizinischen Fortschritt jedem einzelnen zugute kommen zu lassen. Gesundheitspolitik sei für die CDU Politik zugunsten des Patienten, des Bürgers. „Freie Arztwahl, freie Berufsausübung der Heilberufe auf der Basis einer funktionierenden Selbstverwaltung, Pluralität im Gesundheitswesen gehören für die Union zu den Prinzipien ihrer Gesundheitspolitik.“

Fünf Punkte hob Dr. Kohl hervor, die geeignet sind, die Leistungsfähigkeit im Gesundheitswesen zu erhöhen.

- Alle Beteiligten müssen sich im Krankenhausbereich für eine sparsame Wirtschaftsführung ohne Leistungsabbau einsetzen.

- Die ärztliche Versorgung im Krankenhaus sollte entlastet werden durch den Ausbau der ambulanten Versorgung durch niedergelassene Ärzte; allerdings nicht gegen, sondern im Zusammenwirken mit den Ärzten.

- Gesundheitspolitik und Sozialpolitik müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Die teuerste aller Hilfen, nämlich das Krankenhaus, ist nicht immer die sinnvollste Lösung. Flankierende sozialpolitische Maßnahmen, wie z. B. der Ausbau von Sozialstationen, bieten Einsparungsmöglichkeiten.

● Wirkungsvoll sollten die Wiederentdeckung und Förderung aktiven Gesundheitsverhaltens der weiteren Ausbreitung von Krankheiten entgegenwirken.

● Als die wichtigste Aufgabe der kommenden Jahre ist die Mobilisierung des Gesundheitswillens der Bevölkerung zu betrachten. Es ist dringend erforderlich, die Bereitschaft zur gesunden Lebensführung zu fördern.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Dr. Stoltenberg, betonte ebenfalls die Forderung nach Wirtschaftlichkeit des Gesundheitswesens. Darüber hinaus stellte er die Bedeutung des Hausarzt systems heraus, das er als die Fundamente der ärztlichen Versorgung bezeichnete. Stoltenberg dazu wörtlich:

Hausarzt nicht zu ersetzen

„Das Hausarzt system gehört zu den Fundamenten jeder ärztlichen Versorgung, es ist durch nichts zu ersetzen. Wir alle sind aufgerufen, Mittel und Wege zu finden, um den Nachwuchs für den Hausarzt sicherzustellen. Dazu gehört auch die notwendige Stärkung der Allgemeinmedizin in der Entwicklung unserer medizinischen Fakultäten und Hochschulen und die weitere nachhaltige Verbesserung der Möglichkeiten beruflicher Fortbildung. Lassen Sie mich an dieser Stelle den Ärzten Dank sagen, die auch heute noch in der Lage und bereit sind, in unermüdlichem Einsatz bei Tag und Nacht den Patienten zur Verfügung zu stehen.“

In elf Arbeitsgruppen wurden die wesentlichen Fragen der deutschen Gesundheitspolitik mit der interessierten Fachwelt erörtert. Dabei standen die Probleme der Gesundheitsförderung,

der ärztlichen Versorgung, das Krankenhauswesen, das öffentliche Gesundheitswesen, die Probleme der Krankenversicherung, die Psychiatrie, die Lage der Behinderten, das Arzneimittelwesen, die Umwelt und der Rettungsdienst im Vordergrund der offenen Diskussionen. Die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen wurden in einer Schlußrede von Prof. Beske, dem Vorsitzenden des Bundesausschusses für Gesundheitspolitik, zusammengefaßt.

Fehlverhalten ist teuer

Wichtige Punkte aus den Berichterstattungen:

● Die Pflicht zur Gesunderhaltung und zur Vermeidung krankmachender Risiken hat für den einzelnen einen hohen sittlichen Rang. Unermeßliche Kosten werden allein durch gesundheitliches Fehlverhalten verursacht.

● Es gibt regionale Engpässe in der ärztlichen Versorgung. Es fehlen z. B. Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst wie in der Psychiatrie. Aber unbestreitbar ist, daß die Bundesrepublik Deutschland zu den ärztlich bestversorgten Ländern gehört.

● Das klassenlose Krankenhaus lehnen wir ab; kein Patient gibt seine Individualität an der Pforte ab.

● In der Bundesrepublik Deutschland gibt es zu viele Krankenhausbetten. Eine Reduzierung der Bettenzahl könne nicht nur zu Kostenersparnis, sondern auch zu einer besseren Ausstattung der Anstalten führen.

● Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen ist erschreckend. Jede weitere Übernahme von Aufgaben durch die gesetzliche Krankenversicherung muß vor allem unter dem Gesichtspunkt der Kosten und der Kostendeckung gesehen werden.

■ PARTEIARBEIT

Von der Kinderfreizeit bis zur „Aktion Lebenshilfe“

Die erfreulich große Anzahl von Berichten über die Arbeit in den Kreis- und Ortsverbänden ermöglicht es, auch in dieser UiD-Ausgabe wieder einige Aktionen vorzustellen, die besonders gut bei den Bürgern angekommen sind.

Kreisverband Vechta

Ein Besuch im Zoo stand für 500 Kinder, die in den Ferien zu Hause geblieben waren, auf dem Programm. Diese schöne Abwechslung verdanken die Jungen und Mädchen dem Ortsverband Vechta, der den Ausflug durch die Kreisgeschäftsstelle organisierte und durchführte. Der Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Clemens-August Krapp war mit von der Partie und spendierte die „Wegzehrung“. Diese und vorherige Aktionen blieben in der Bevölkerung nicht ohne Beachtung.

Erfolg: während der letzten sechs Monate kamen mehr als 500 neue Mitglieder zum CDU-Kreisverband Vechta.

Ortsverband Obrigheim

Nicht über ihre Köpfe hinweg, sondern gemeinsam mit den Bürgern will der CDU-Ortsverband Obrigheim Kommunalpolitik betreiben.

Um die Sorgen und Wünsche der Mitbürger besser kennenzulernen und um Grundlagen für die Arbeit der nächsten Jahre zu sammeln, wurde eine Fragebogenaktion gestartet.

Das Ergebnis: Eine Vielzahl von Anregungen hat den Ortsverband veranlaßt, einen kommunalpolitischen Arbeitskreis einzusetzen, der die Vorschläge prüft, zusammenfaßt und daraus Anträge für die CDU-Ratsfraktion formuliert.

Anregungen, deren Verwirklichung kurzfristig nicht zu erreichen ist, werden im Rahmen der Beratungen über das Kommunalprogramm behandelt.

Gemeindeverband Seelze

Kommunalpolitik — Buch mit 7 Siegel? fragt die Seelzer CDU. Für Mitglieder und Freunde der CDU bietet der Gemeindeverband ein Seminar an. Eine Reihe kommunalpolitischer Themen, angefangen von Grundsätzen christlich-demokratischer Kommunalpolitik über Gemeinde- und Haushaltsrecht bis zur simulierten Gemeinderatsitzung, stehen auf dem Programm.

Das Seminar dient der Fortbildung von Ratsmitgliedern; aber insbesondere der Vorbereitung künftiger Mandatsträger.

Kreisverband Köln

Zum umweltfreundlichen Verhalten fordert der CDU-Landtagsabgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführer im Landtag von Nordrhein-Westfalen Dr. Otto Pohl seine Mitbürger auf. Dieser Appell, auf die Rückseite eines Wanderwegeplanes gedruckt und in großer Anzahl verteilt, macht deutlich, daß jeder Spaziergänger, der durch die

Kölner Forste und Erholungsgebiete wandert, einen Beitrag zum Umweltschutz leisten kann, wenn er keine Papierabfälle, Flaschen, Eisbecher und anderen Unrat in den Wald wirft, wenn er seine Hausabfälle zur Müllabfuhr gibt und nicht die Natur zur wilden Müllkippe werden läßt.

Kleinigkeiten nur, so meint die Kölner CDU; dennoch — wenn sich jeder daran hielte, könnte mancher Wald anders aussehen.

Ortsverband Wittlich

Die Frauen des CDU-Ortsverbandes Wittlich veranstalten am 30.11.1974 einen verkaufsoffenen Samstag auf einem zentral gelegenen Platz den „Christkindelbasar“. Neben Glühwein, warmem Imbiß, Gebäck und Kuchen werden preiswerte Weihnachtsgeschenke wie Hand- und Bastelarbeiten, Weihnachtsschmuck, Kinderkleidung und Spielzeug angeboten.

Mit dem Erlös aus dem Verkauf der Gegenstände, die größtenteils Spenden sind, soll denen eine Weihnachtsfreude bereitet werden, die in besonderer Weise auf die Hilfe ihrer Mitmenschen angewiesen sind.

Ortsverband Aschenberg

Einen schönen Beitrag zur Hilfe geistig Behinderter haben die Aschenberger CDU-Mitglieder geleistet. Das „Aschenbergfest“ brachte einen Erlös von mehr als 1 400 Mark, die auf einer CDU-Mitgliederversammlung dem Vorsitzenden der „Aktion Lebenshilfe“ übergeben wurden.

Die FULDAER ZEITUNG berichtete:

„... Der ideale Wert des Festes ist allerdings noch höher einzuschätzen. Hier konnten behinderte Kinder und ihre gesunden Alterskameraden einen ganzen Nachmittag miteinander spielen.“

Soweit die Beispiele guter Parteiarbeit in den vorgestellten Kreis- und Ortsverbänden. In Zukunft sollte jeder Verband seine Erfahrungen und Aktivitäten für den Bürger mitteilen, und zwar an die

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

5300 Bonn

Konrad-Adenauer-Haus

Im UiD werden Beispiele guter Basisarbeit weitergegeben.

■ TERMINE

2. 12.	CDU — Bund	<i>Bundeskulturausschuß</i>	<i>Bonn</i>
2. 12.	JU — Bund	<i>Bundsvorstand</i>	<i>Bonn</i>
5. 12.	CDU — Bund	<i>Fachkommission „Strafrechtsreform“ des BACDJ</i>	<i>Bonn</i>
6. 12.	<i>LV Berlin</i>	<i>Landesvorstand</i>	
6. 12.	<i>LV Berlin</i>	<i>Landesausschuß</i>	
6. 12.	<i>LV Rheinland-Pfalz</i>	<i>Landesvorstand</i>	<i>Mainz</i>
6./7. 12.	CDU — Bund und CDA — Bund	<i>Kongreß „Humanität im Arbeitsleben“</i>	<i>Leverkusen</i>

■ ZITAT

Unglückliche FDP

Es knistert im Gebälk des Kabinetts. Der kleine Koalitionspartner fühlt sich wieder einmal, nicht anders als in früheren Zeiten, schlecht behandelt. Aber die Kanzlerpartei heißt diesmal nicht CDU, sie heißt SPD, und der Kanzler heißt nicht Adenauer, sondern Schmidt.

Wer all dies feststellt, kolportiert nicht Gerüchte, er verzeichnet Tatsachen. Noch wird der Mantel der Nächstenliebe von den Koalitionspartnern über sie ausgebreitet. Aber immer öfter deckt er schon nicht mehr die ganze Blöße. Das hat ein neues Moment in die Entwicklung hineingebracht. Nicht als ob das Kabinett morgen schon mit lautem Getöse auseinanderknallen wird. Nicht als ob einer der Koalitionspartner morgen die Scheidung von Tisch und Bett beantragen wird. Aber immer mehr Sand gerät ins Getriebe und immer gereizter wird die Stimmung.

Zwei Probleme drängen sich in den innenpolitischen Vordergrund: Überzieht Helmut Schmidt seine Führungsaufgaben im Kabinett? Fühlen sich die Freien Demokraten gleichzeitig vom Bundeskanzler und von den Wählern in ein existenzbedrohendes Abseits gedrängt? Beide Fragen vermengen sich miteinander und könnten eines Tages — wieder einmal — innerhalb der FDP zu einem unberechenbaren Sprengstoff werden. Allzu scharf macht schartig — Helmut Schmidt ist dabei, dies alte Sprichwort auf seine Weise zu erhärten. Mag sein, daß der Alpdruck einer heranziehenden weltwirt-

Anschrift:

schaftlichen Katastrophe ihn hetzt und ungeduldig werden läßt gegenüber allen, die nicht Abschied nehmen wollen von drittrangigen Fragen, von denen sie gestern noch glaubten, sie wären von großem Gewicht. Aber der Mann, der noch vor wenigen Jahren in einem Buch Kollegialität im Kabinett und Teamwork als Führungsmittel anpries, ist unübersehbar inzwischen bei den meisten seiner Kollegen in den Geruch geraten, selbst den Samthandschuh von seiner eisernen Hand abgestreift zu haben.

Besonders erbost hat dies die FDP-Bundesminister. Alle vier? Das ist die Frage. Ganz sicher aber ist, daß Bundesinnenminister Maihofer sich bereits als Schmidt-Geschädigter ansieht.

Unvergessen ist jener heiße Frühjahrstag des Jahres 1973, an dem Walter Scheel auf dem Rasen seines Hauses auf dem Bonner Venusberg darüber sinnierte, daß die Gemeinsamkeiten einer Koalition unweigerlich mit dem Aufarbeiten von gemeinsamen Plänen eines Tages zu Ende gehen werden. Scheel war deshalb damals schon entschlossen, das Amt des Bundespräsidenten anzustreben. Aber was wird aus der FDP? Seine Nachfolger wissen es immer noch nicht.

(„Die Welt“, 26. 11. 1974)

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Redaktion:** Gisbert von Wersebe, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932. Postscheckkonto Köln 193 795. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD